



## Der Kampf der extremen Rechten um die Arbeiter:innenklasse

**Mathias Hoose\* und Tim Ackermann\* zur Verankerung und Bedeutung  
von Zentrum und AfD in Betrieben**

In: *express* 9/2026

**Der Aufstieg der Rechten, der sich in der Verschiebung politischer Diskurse und in Wahlergebnissen –nicht zuletzt auch im Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern – ausdrückt, haben wir im *express* regelmäßig beobachtet und kommentiert. Einige Beiträge aus den Jahren 2023 bis 2025 finden sich in der Broschüre »Der Autoritarismus der Lohnabhängigen. *express*-Texte zur Landnahme der Rechten« (Ränkeschmiede, Nr. 26) zusammengefasst, die in der Redaktion nach wie vor erhältlich ist. Der folgende Artikel greift dieses Thema wieder auf und diskutiert den Versuch der Rechten, auf der betrieblichen Ebene zu intervenieren.**

Der politische Rechtsruck in Deutschland ist seit Jahren deutlich sichtbar und prägt zunehmend die gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskurse. Autoritäre, nationalistische und elitäre Positionen gewinnen kontinuierlich an Einfluss und gehören längst zum politischen Alltag.

Auch in Betrieben versuchen Rechte zunehmend Fuß zu fassen. Dies zeigte sich zuletzt im Rahmen der Betriebsratswahlen von Anfang März bis Ende Mai dieses Jahres, bei denen der extrem rechte Verein Zentrum (bis 2022: Zentrum Automobil, ZA; jetzt: Zentrum – die alternative Gewerkschaft) ca. 40 Mandate erringen konnte. Aufgrund der – Stand Ende August 2026 – noch nicht abgeschlossenen Auswertung der Betriebsratswahlen sind diese Angaben jedoch derzeit nur vorläufig und beruhen u.a. auf Selbstauskünften der Organisation. Zudem tritt Zentrum in vielen Fällen nicht offen unter eigenem Namen an, sondern nutzt sogenannte Tarnlisten, die eine direkte Zuordnung zum Zentrum zunächst verschleiern und dem Aufbau von Unterstützungsstrukturen im Betrieb dienen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass es auch gewählte Betriebsratsmitglieder gibt, die ihre Zugehörigkeit zum Zentrum nicht offen kommunizieren oder unabhängig vom Zentrum (extrem) rechte Einstellungen und z.T. auch Organisationsbezüge haben. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die tatsächlich mit Zentrum verbundenen Betriebsratsmandate etwas höher ausfallen und auch die Zahl der Betriebsratsmitglieder mit (extrem) rechten Orientierungen zugenommen hat. Im Vergleich zu den Betriebsratswahlen 2018 und 2022 konnte Zentrum die Anzahl der Mandate damit zwar fast verdoppeln, bewegt sich jedoch immer noch im Promillebereich der Betriebsratsmandate (vgl. Ackermann/Haarfeldt 2019 und 2022).

Im Folgenden zeichnen wir die Entwicklung von Zentrum nach und analysieren die strategische Bedeutung des Vereins für die AfD. Anschließend gehen wir der Frage nach, warum und weshalb eine Organisation, die weder tariffähig ist, noch über eine ausgeprägte arbeitspolitische Programmatik verfügt, dennoch in Teilen der Arbeiter:innenschaft Anknüpfungspunkte findet.

## Aufbau, Stagnation und Expansion

In den frühen Entwicklungsphasen der Betriebsratsliste ZA blieben größere Erfolge lange Zeit aus. Zwischen der Gründung im Jahr 2009 und den Betriebsratswahlen 2018 war ZA lediglich in seinem Stammwerk bei Daimler in Untertürkheim mit wenigen Mandaten vertreten. In diesem Zeitraum trat ZA vor allem als populistisch agierender Verein auf, dessen Schwerpunkt auf der Abgrenzung gegenüber den etablierten Gewerkschaften lag. So betonte ZA in den ersten Jahren die Ablehnung des »Klassenkampfgedankens« und propagierte eine Sozialpartnerschaft, in der betriebliche Konflikte zugunsten einer vermeintlichen Interessengemeinschaft von Unternehmen und Beschäftigten in den Hintergrund treten sollten (vgl. Seongcheol et al. 2022).

Ab 2017 begann ZA mit Organisationen aus dem Spektrum der Neuen Rechten aufzutreten. Zu den Unterstützern des Projekts zählten neben dem Kampagnennetzwerk »Ein Prozent« auch das Magazin Compact, mit dem ZA zeitweise das Betriebsblatt Kompass herausgab. Damit veränderte sich zugleich die politische Kommunikation der Organisation. An die Stelle der bisherigen Ablehnung des Klassenkonflikts traten zunehmend Themen, die sich auch im Diskurs der damals noch jungen AfD wiederfanden. Neben der Globalisierungskritik spielte vor allem das Narrativ der »Altparteien« eine zentrale Rolle, das von Zentrum im betrieblichen Kontext sinngemäß in die Kritik an den »Altgewerkschaften« übertragen wurde.

Den ersten größeren Erfolg erzielte ZA bei den Betriebsratswahlen 2018. In fünf Werken großer deutscher Automobilhersteller in Baden-Württemberg und Sachsen gewann die Organisation 19 Mandate (vgl. Strauch 2018). Gemessen an den bundesweit rund 180.000 Betriebsratsmandaten blieb dieser Erfolg zwar quantitativ begrenzt. Dennoch markierte das Wahlergebnis einen wichtigen Wendepunkt. Erstmals gelang es einer Arbeitnehmer:innenorganisation aus der extremen Rechten, standortübergreifend in Betriebsratsgremien einzuziehen und sich als eigenständiger Akteur zu etablieren. Zusammen mit Compact und »Ein Prozent« erstellte ZA kleine Kurzfilme und Texte, in denen dafür geworben wurde, sich als Betriebsrat gegen die etablierten Gesellschaften aufzustellen. Mit der Kampagne »Werde Betriebsrat« wurde den Sympathisant:innen von Zentrum eine Schritt-für-Schritt Anleitung für die Kandidatur sowie eine politische Motivation geboten.

Im Wahljahr 2022 blieb ein vergleichbarer Erfolg jedoch aus. Stattdessen verlor die Organisation zwei ihrer zuvor errungenen Mandate. Doch trotz dieser Stagnation stellte das Jahr 2022 für Zentrum eine Phase organisatorischer Expansion dar. Zum einen gründete die Organisation, mit erheblicher Verzögerung, den Ableger »Zentrum für Gesundheit und Soziales«. Die Initiative zielte darauf ab, die während der Pandemie entstandene regierungskritische Stimmung in der Pflege aufzugreifen und für die eigenen Ziele nutzbar zu machen. Nennenswerte Erfolge blieben jedoch aus. Weder gelang der Aufbau einer relevanten betrieblichen Basis, noch konnten Wahlen im Pflegebereich gewonnen werden.

Zum anderen veränderte sich das Verhältnis zwischen ZA und der AfD. Auf dem Bundesparteitag 2022 in Riesa hob die Partei den Unvereinbarkeitsbeschluss mit ZA auf. Der innerparteiliche Strömungskonflikt zwischen Vertretern des Weidel- und des Höcke-Lagers wurde schließlich mit einer knappen Mehrheit von 60 Prozent für das Höcke-Lager als Unterstützer von Zentrum entschieden (vgl. Roeser 2022).

## Zentrum und die AfD

Für die Alternative für Deutschland (AfD) bietet Zentrum eine Gelegenheit, stärker in die deutsche Arbeiter:innenklasse zu wirken und sich einen organisierten Rückhalt in den Betrieben aufzubauen. Björn Höcke sprach in Bezug auf Zentrum von einem wichtigen Vorfeld, ohne das man »nicht durchbrechen« werde (Höcke 2024).

Diesbezügliche Versuche der AfD gab es bereits früher. Seit 2014 entstanden mit der Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) im Ruhrgebiet, den Arbeitnehmern in der AfD (AidA) im Raum Hamburg sowie ALARM! in Thüringen mehrere parteiinterne Initiativen, die die Ansprache von Beschäftigten zum Ziel hatten. Es gelang diesen Organisationen jedoch nicht, eine Verankerung in den Betrieben aufzubauen. Da sie überdies auf Widerstand

aus den wirtschafts- und ordoliberalen Teilen der Partei stießen, verloren sie rasch an Bedeutung und lösten sich schließlich auf.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Verein Zentrum für die AfD als Möglichkeit, die zuvor gescheiterten Bemühungen um eine Verankerung in der Arbeiter:innenschaft über ihr politisches Vorfeld fortzuführen. Anstatt entsprechende Arbeitnehmer:innenvertretungen innerhalb der Partei erneut aufzubauen, kann die AfD auf bereits bestehende Strukturen aus dem politischen Vorfeld zurückgreifen. Seit der Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses 2022 erfährt Zentrum daher zunehmend Unterstützung innerhalb der Partei. Zu den prominentesten Unterstützern zählen neben dem identitären Fabian Jank vor allem die dem formal aufgelösten »Flügel« zuzurechnenden Politiker:innen Christina Baum und Matthias Helferich. Darüber hinaus ist der ZA-Vorstandsvorsitzende Oliver Hilburger seit 2022 wiederholt zusammen mit Björn Höcke aufgetreten. Auch der Spitzenkandidat der AfD in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, warb in der Vergangenheit wiederholt für ZA.

Aber auch Alice Weidel und Marcus Frohnmaier nutzten erst kürzlich die Verbindung zu Zentrum. So unterstützte ZA etwa den Baden-Württembergischen Wahlkampf der AfD zu den Landtagswahlen 2026. Hierzu gehörten unter anderem zwei Wahlkampffaktionen vor den Toren des Daimler-Werks in Stuttgart-Untertürkheim, jenem Betrieb, in dem Zentrum seine ersten Betriebsratsmandate errungen hatte. Gemeinsam mit Marcus Frohnmaier, Ulrich Siegmund und Alice Weidel warb Zentrum dort für die AfD. Die Resonanz unter den Beschäftigten blieb jedoch zurückhaltend. Weder die Betriebswirte Siegmund und Weidel noch der ungelernnte Frohnmaier konnten ihre Nähe zur industriellen Arbeiter:innenschaft glaubhaft vermitteln.

Gerade hier könnte ein strategischer Wert von Zentrum für die AfD liegen. Der Verein könnte als Bindeglied zwischen Partei und Beschäftigten fungieren, die sich einer direkten parteipolitischen Bindung bisher nur begrenzt geöffnet haben. Dabei verbindet Partei und Zentrum der Erfolg in sogenannten Transformationsregionen, also solchen Regionen, die durch Strukturwandelprozesse geprägt sind (vgl. Bergmann et al. 2023). Gerade in Baden-Württemberg arbeiten rund 250.000 Menschen in der Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben, weshalb die ideologische Ansprache an die Arbeiterschaft dort von besonderer politischer Bedeutung sein könnte.

### **Demagog:innen der Arbeiter:innenklasse**

Während allerdings Zentrum den Anspruch erhebt, eine Alternative zu den DGB-Gewerkschaften zu bieten und die Interessen von Beschäftigten zu vertreten, hat die AfD abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen materiell nicht viel mehr anzubieten als eine Schlechterstellung derjenigen, die »nicht dazugehören« (vgl. Ackermann 2017). Und auch Zentrum selbst mangelt es an klassisch gewerkschaftlichen Inhalten. Eine Studie aus dem Januar 2026 zeigt, dass der extrem rechte Verein zwischen 2016 und Ende 2024 in lediglich 7,3 Prozent ihrer Artikel und Telegram-Nachrichten Gewerkschaftsthemen behandelt hat. Den Löwenanteil hingegen bilden Verschwörungsideologien und Kritik am vermeintlichen politischen Systemversagen (vgl. Janssen 2026).

Die Gemeinsamkeiten von AfD und Zentrum liegen weniger in einer gemeinsamen Programmatik als in der politischen Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen. Beide behandeln sozialpolitische Themen, indem sie den Widerspruch von Kapital und Arbeit, also den Konflikt zwischen Unten und Oben, in einen zwischen dem Innen und dem Außen umdeuten. Dabei wird der Klassenkonflikt ethnisiert und bspw. schlechte Löhne nicht als Folge einer Deregulierung des Arbeitsmarktes gedeutet, sondern als Folge vermeintlich schlecht qualifizierter Arbeiter mit Migrationsgeschichte, die das Lohnniveau drücken würden. Mit dieser Herangehensweise lassen sich harmonische materielle Verhältnisse unter Deutschen propagieren, während der zentrale Verteilungskonflikt nach außen verschoben wird. Damit entbinden sich AfD und Zentrum von der Notwendigkeit, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in ihrer Sozial- und Betriebspolitik auszutragen und reale Verbesserungen für die Beschäftigten durchzusetzen. Darüber hinaus verweist sie auf den Kern rechter Wirtschafts- und Gesell-

schaftsvorstellungen, die in der Formierung einer homogenen Volksgemeinschaft und der Konstruktion einer harmonischen Betriebsgemeinschaft zum »Wohle Deutschlands« liegt.

### **Betriebliche Hegemonie unter Druck**

Auch wenn Zentrum in den vergangenen Betriebsratswahlen seine Präsenz in den Betriebsratsgremien auf niedrigem Niveau ausbauen konnte, fällt im Vergleich mit den Wahlergebnissen der AfD unter Arbeiter:innen, Angestellten, Arbeitslosen und Gewerkschaftsmitgliedern eine erhebliche Diskrepanz auf: Während die AfD sowohl bei Gewerkschaftsmitgliedern als auch bei den Kernklientelen der Gewerkschaften seit Jahren überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen kann, sind die Ergebnisse extrem rechter Betriebsratslisten quantitativ sehr überschaubar. Offenbar fällt die Entscheidung für eine extrem rechte Partei bei parlamentarischen Wahlen erheblich leichter als die Entscheidung für die Wahl einer extrem rechten Liste bei Betriebsratswahlen.

Das ist erklärungsbedürftig. Die Welt befindet sich in Umbrüchen und die Zahl der Krisen ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Das gilt etwa für die Klimakrise, die Pandemie, deren Auswirkungen und ihre Bewältigung, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, in der Folge die Energiepreiskrise und die zeitweise hohe Inflation. Aktuell sorgen Verschiebungen auf dem Weltmarkt, geopolitische Instabilitäten durch die Präsidentschaft Donald Trumps in den USA, der Krieg im Iran sowie die durch die Sperrung der Straße von Hormuz gestiegenen Energiepreise und die gestiegene Inflation für wirtschaftliche Unsicherheiten und ein stagnierendes Wirtschaftswachstum. Dies verschärft eine Situation, die vielerorts bereits durch die Bewältigung der klimagerechten Modernisierung der Industrie, die Transformation der Automobilindustrie und den digitalen Wandel geprägt ist. Und bereits vor Covid-19 ließ sich eine Zuspitzung der arbeitsweltlichen Verhältnisse aufgrund permanenter Reorganisierungsprozesse feststellen, die mit der Wahrnehmung eines Dauerzustands der Krise einherging und mit steigendem Zeit- und Leistungsdruck verbunden war (vgl. Sauer et al. 2018).

Diese Prozesse haben natürlich auch konkrete Auswirkungen auf die Beschäftigten: Gestiegene (Energie-)Preise machen sich im Geldbeutel bemerkbar, Angst um den eigenen Arbeitsplatz und die eigene soziale Stellung nehmen zu. Umfangreiche betriebliche Umstrukturierungen, Insolvenzen und Personalabbau sind real. Damit einhergehende Erfahrungen von Unsicherheit, Abstiegsängsten, Kontrollverlust und Ohnmacht befördern einen »Angstrohstoff« (Oskar Negt), der in Teilen der Belegschaften die Bereitschaft begünstigt, extrem rechter Propaganda, einfachen Schuldzuweisungen sowie Verschwörungstheorien zu folgen. Auch die im Zuge der AfD-Erfolge weit nach rechts gerückten gesellschaftlichen Debatten, Themen, Probleme und angeblichen »Lösungen« wirken sich in den Dienststellen und Betrieben aus.

Dabei werden »zumindest Teile der Beherrschten für Interpretationen der sozialen Frage, die Gegensätze von oben und unten in Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk umdeuten« (Dörre 2018, S. 51) umso empfänglicher, je »geringer die Aussichten der von Löhnen abhängigen Klassen sind, in den gesellschaftlichen Verteilungskämpfen eigene Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen« (ebd.).

Offenbar wird diese Schwächung der eigenen Gestaltungsmacht jedoch im Wesentlichen auf gesellschaftlicher und parlamentarisch-politischer Ebene wahrgenommen. So kommt die Erhebung »Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen« einer Forschungsgruppe der TU Darmstadt, bei der Teilnehmende gewerkschaftlicher Seminare des IG Metall Bezirks Mitte befragt wurden, zu dem Ergebnis, dass die »etablierte Politik [...] zu meist als Teil des Problems und selten als Teil der Lösung adressiert« (Brinkmann et al. 2020, S. 163) wird. Zur IG Metall besteht im Gegensatz dazu weiterhin ein hohes Vertrauen, Gewerkschaften werden als »letzte Bastion der politischen Interessenvertretung der Lohnabhängigen wahrgenommen« (ebd., S. 7).

Im Allgemeinen ist durch Studien mittlerweile belegbar, dass gute und erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb und die Erfahrung von Anerkennung, Solidarität und Beteiligung eine große Bedeutung für die Reduktion extrem rechter und menschenfeindlicher Ein-



stellungen sowie für die Stärkung demokratischer Haltungen haben (vgl. Kiess/Schmidt 2020; Hövermann et al. 2021). Partizipationsprozesse in der Arbeitswelt ermöglichen ein Wissen um die prinzipielle Gestaltbarkeit der alltäglichen Lebenswelten und schaffen über die konkrete Erfahrbarkeit demokratischer Prozesse auch ein demokratisches Bewusstsein – auch wenn Betriebe an sich keine besonders demokratischen Orte sind, sondern demokratische Verhältnisse dort erst in Vorwärtsverteidigung erstritten werden müssten (vgl. Urban 2024).

Im Besonderen verweisen die geringen Wahlerfolge von Zentrum darauf, dass die Betriebspolitik von IG Metall und lokalen Betriebsräten durchaus Zustimmung bei den Beschäftigten findet und diese als legitime sowie wirkmächtige Organe der eigenen Interessenvertretung angesehen werden. Auch das Gewicht der Schutzfunktion von Tarifverträgen darf nicht unterschätzt werden.

## Fazit

Trotz der seit Jahren stagnierenden deutschen Wirtschaft und der realen Bedrohung durch Entlassungen in der Industrie gelingt es rechten Projekten wie Zentrum bislang nur sehr begrenzt, in den Betrieben selbst Fuß zu fassen. Die DGB-Gewerkschaften verfügen weiterhin über eine vergleichsweise starke Verankerung in den Belegschaften, auch wenn insbesondere die IG Metall durch den anhaltenden Stellenabbau derzeit Mitgliederverluste verzeichnet (siehe *express* 4/2026, S. 4-5; *Anm. d. Red.*). Während die AfD im parlamentarischen Raum bereits überdurchschnittliche Zustimmung unter Arbeiter:innen und gewerkschaftlich Organisierten erzielt, stellt sich die Situation in den Betrieben bislang deutlich anders dar.

Zentrum ist zumindest derzeit nicht in der Lage, sich als wirkmächtige Alternative zu den DGB-Gewerkschaften in Stellung zu bringen. Die eigentliche Gefahr liegt dabei jedoch weniger in der gegenwärtig wenig realistischen Perspektive einer konkurrierenden Massengewerkschaft. Bedeutender ist vielmehr das Potenzial, politische Deutungsrahmen zu verschieben und rechte Narrative in betrieblichen Debatten zu stärken. Darüber hinaus droht eine Ausweitung der Haltung, dass Gewerkschaften nur für eine als unpolitisch wahrgenommene Tarifpolitik zuständig seien. Damit gerät das politische Mandat der Gewerkschaften unter Druck. Eine Verankerung in der Arbeiter:innenschaft wird Zentrum auf institutioneller Ebene in absehbarer Zeit nicht erreichen. Dennoch könnte die Organisation dazu beitragen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ideologisch weiter zu entpolitisieren und soziale Widersprüche entlang nationaler wie ethnisierter statt sozialer Trennlinien zu interpretieren. In diesem Sinne fungiert sie weniger als eigenständige Kraft denn als Teil eines breiteren rechten Vorfelds, das den gesellschaftlichen Boden für den weiteren Einflussgewinn der AfD bereiten kann.

Ob sich diese Entwicklung langfristig durchsetzt, wird wesentlich von zwei Faktoren abhängen: zum einen davon, ob Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen weiterhin in der Lage sind, betriebspolitische Gestaltungsmacht zu beweisen und gesellschaftspolitisch einen starken Sozialstaat als Schutz in zunehmend unsicheren Zeiten zu verteidigen. Solidarität und solidarisches Bewusstsein entsteht nicht zuletzt durch konkrete Erfahrungen in sozialen Kämpfen. Zum anderen geht es darum, auch weiterhin soziale Unsicherheit als Ausdruck materieller Konflikte zu thematisieren – und damit Deutungsangeboten entgegenzutreten, die gesellschaftliche Probleme vor allem entlang kultureller oder nationaler Gegensätze erklären. Gerade darin dürfte eine der zentralen politischen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre liegen.

*\*Mathias Hoose ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) im »Arbeitskreis Rechts«; Tim Ackermann ist Soziologe, arbeitet als Bildungsreferent für einen gewerkschaftlichen Bildungsträger und ist ebenfalls Mitglied im Arbeitskreis Rechts des DISS.*

*Der vorliegende Text ist eine gekürzte Version ihres Beitrags »Zentrum und AfD« aus dem DISS-Journal #51 (Juli 2026), Online unter: <https://diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2026/07/DISS-Journal-51-2026.pdf>.*

## Quellen und Literatur:

- Ackermann, Tim (2017): Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und ihre ordoliberalen Grundlagen, in: Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze (Hg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, Hamburg, S. 126-137.
- Ackermann, Tim/Haarfeldt, Mark (2019): Angriff auf die Gewerkschaften: Eine ›alternative‹ Gewerkschaft für Deutschland? In: Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster, S. 233-250.
- Ackermann, Tim/Haarfeldt, Mark (2022): Die extreme Rechte bei den Betriebsratswahlen 2022, in: spw, H. 251, S. 33-40.
- Aderholz, David (2021): Extrem rechte Zugriffe auf die Arbeitswelt: eine kritisch hermeneutische Untersuchung von Propagandamaterial von Zentrum Automobil und der Kampagne »Werde Betriebsrat«, in: ZRex. Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, Jg. 1, H.2, S. 322-343.
- Allmendinger, Björn/Haarfeldt, Mark (2020): Oliver Hilburger – rechter Netzwerker und Betriebsrat, in: Allmendinger, Björn/Howind, Sascha (Hg.): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe, Erscheinungsformen, Handlungsoptionen, Hannover, S. 88-97.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Kempermann, Hanno (2023): AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten, IW-Kurzbericht, Nr. 71, Berlin/Köln.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas (2020): Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg.
- Deutschlandfunk (2026): Sozialdemokraten werben um Vertrauen bei Arbeitern. Online unter [www.nachrichtenleicht.de/spd-118.html](http://www.nachrichtenleicht.de/spd-118.html).
- Dörre, Klaus (2018): Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a.M., S. 49-80.
- Höcke, Björn (2024): Rede auf dem AfD-Parteitag, in: phoenix LIVE: AfD-Bundesparteitag in Essen, 28.06.24. Online unter: [www.youtube.com/watch?v=P\\_UhXGfhmUU](https://www.youtube.com/watch?v=P_UhXGfhmUU).
- Hövermann, Andreas/Bettina Kohlrausch/Dorothea Voss 2021: Anti-Demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsförderung Policy Brief, Nr. 7.
- Hunger, Anna (2026): Pseudogewerkschaft Zentrum: Mitglied fühlt sich »verarscht« und tritt aus, in: Kontext Wochenzeitung, Nr. 776.
- Janssen, Lara (2026): Getarnt als Gewerkschaft: Die Entwertungsgewerkschaften der extremen Rechten in Europa. EFBI Policy Paper 2026–1, Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen, Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen, S. 119-148.
- Kovahl, Ernst (2018): Nicht neu: Die extreme Rechte hat immer wieder mit eigenen Organisationen versucht, in Betrieben Fuß zu fassen, in: Der Rechte Rand, Nr. 171, S. 35.
- Neumann, János (2018): »Werde Betriebsrat!«, in: Der Rechte Rand, Nr. 171, S. 12.
- Roeser, Rainer (2022): Entwicklungen und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa 2022, FORENA Hochschule Düsseldorf. Online unter: [www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA\\_Diskussionspapier\\_4\\_2022.pdf](http://www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA_Diskussionspapier_4_2022.pdf).
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim et al. (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.

Seongcheol, Kim/Samuel Greef/Wolfgang Schröder (2022): *Rechte Akteure im Betrieb*, Wiesbaden.

Strauch, Jan (2018): *Zentrum Automobil – Kein Durchbruch*, in: *Der Rechte Rand*, Nr. 171.

Urban, Hans-Jürgen (2024): *Demokratiepolitik im Betrieb. Perspektiven einer demokratischen Arbeitswelt*. In: Hans Jürgen Urban u.a. (Hg): *Gute Arbeit gegen rechts*, Hamburg, S. 11-36.

Zentrum (2026a): *Betriebsratswahlen: Zentrum erzielt Mandate in wichtigen Automobilwerken*. Online unter: [www.zentrumgewerkschaft.de/betriebsratswahlen-zentrum-erzielt-mandate-in-wichtigen-automobilwerken/](http://www.zentrumgewerkschaft.de/betriebsratswahlen-zentrum-erzielt-mandate-in-wichtigen-automobilwerken/) (Abruf: 1. Juni 2026).

Zentrum (2026b): *Betriebsratswahlen: Zentrum erzielt Mandate in wichtigen Automobilwerken*. Online unter: [www.zentrumgewerkschaft.de/ziele/](http://www.zentrumgewerkschaft.de/ziele/) (Abruf: 1. Juni 2026).

#### »DIE ALTERNATIVE GEWERKSCHAFT«

Zentrum (bis 2022 »Zentrum Automobil«, kurz ZA) ist ein 2009 gegründeter, formal als eingetragener Verein organisierter Zusammenschluss, der sich selbst als »echte Alternative« zu den traditionellen Gewerkschaften in Deutschland versteht (vgl. Zentrum 2026b). Gegründet wurde der Verein von Oliver Hilburger (vgl. Allmendinger/Haarfeldt 2020). Zuvor musste dieser seine Mitgliedschaft in der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) beenden, nachdem seine Nähe zur Terrororganisation Blood and Honour und zu anderen Gruppierungen der extremen Rechten bekannt geworden war (vgl. Kovahl 2018; Neumann 2018).

Bis heute verfügt Zentrum weder über die Fähigkeit, Tarifverträge auszuhandeln, noch über den rechtlichen Status einer Gewerkschaft. Zwar bietet der Verein Rechtsschutz, Beratung und Unterstützung im Streikfall an, doch erscheinen immer wieder Berichte von ehemaligen Mitgliedern, die ihre Anwaltskosten im Rechtsstreit selbst zahlen mussten oder sogar Urlaubstage einlösen mussten, weil sie kein Streikgeld ausgezahlt bekamen (vgl. Hunger 2026; Strauch 2018). Zentrum zeichnet sich seit jeher durch die Diffamierung bestehender Gewerkschaften als Organisationen des »Co-Managements« oder eines vermeintlichen »linken Mainstreams« aus. Neben den eigenen Videoformaten und Telegram-Kanälen dienen dazu vor allem rechte Medien wie AUF1 oder Compact als Agitationsplattformen. Dabei verfolgt Zentrum das Ziel, den Verein durch »stetigen Ausbau sozialer Stärke durch wachsende Mitgliederzahlen« aufzubauen (Zentrum 2026b).

**express** im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)

**express** / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12